

für aus Jaffna stammende Tamilen (keine Flüchtlinge) nie einfach, sich im Hochland anzusiedeln.

Bei allen Rückkehrern muß bedacht werden, daß bereits die Einreise mit Problemen verbunden sein kann. Es kommt weiterhin zu unregelmäßigen Kontrollen von aus dem Westen einreisender Tamilen auf dem Flughafen von Katunayake. Dies gilt vor allem, wenn die Einreisenden jung sind. Die Gefahr, zumindest vorübergehend verhaftet und verhört zu werden, kann nicht gänzlich

ausgeschlossen werden.

Bei allen Überlegungen bezüglich der Rücksendung von Tamilen aus dem Ausland muß bedacht werden, daß in Sri Lanka nach wie vor Ausnahmezustand herrscht und das Land unter Notstandsgesetzen ('emergency regulations') regiert wird, die den Sicherheitskräften weitgehende Vollmachten einräumen (Ausnahmezustand vom 18. Mai 1983 bis 11. Januar 1989; Ausnahmezustand vom 20. Juni 1989 bis heute). Rechtstaatliche Verhältnisse

existieren derzeit nicht.

Der vollständige Bericht kann gegen Einsendung von DM 15,- in Briefmarken über das Büro bezogen werden.

Der Beitrag 'Ökologische Folgen der Konflikte in Sri Lanka' wird aus Platzgründen erst in der nächsten Ausgabe von 'Südasiens' fortgesetzt.

Organisationen stellen sich vor

'Free Media Movement', Sri Lanka

Das 'Free Media Movement' ist eine Organisation srilankischer Journalisten und Medienfachleute, die sich bedingungslos für die Pressefreiheit einsetzen. Wir widmen uns dem Kampf für die völlige Verwirklichung der Medienfreiheit, wie sie in Artikel 19 der 'International Convention on Civil and Political Rights', die 1980 ratifiziert wurde, festgelegt ist. Um dieses Ziel zu erreichen, wird das 'Free Media Movement' mit allen Organisationen zusammenarbeiten, die diese Ziele teilen, um öffentliches Bewußtsein zu wecken und die öffentliche Meinung für Medien- und Meinungsfreiheit zu mobilisieren.

In den letzten drei Jahrzehnten haben wir erlebt, daß allen Bürgern Sri Lankas fortlaufend die Rechte nach freiem Informationszugang durch Medien ihrer Wahl verwehrt wurde. Ebenso wurde den Medienfachleuten das Recht verwehrt, sich besonders in ihrem Beruf zu engagieren. Der Schutz dieser Rechte ist unserer Meinung nach die Verpflichtung eines jeden Staates, der in einem demokratischen Rahmen arbeiten will und der, wie im Falle Sri Lankas, dem Internationalen Abkommen über bürgerliche und politische Rechte zugestimmt hat. Die fortschreitende Aushöhlung der Pressefreiheit trägt dazu bei, den demokratischen Prozeß weiter zu zerstören und führt somit zur Schwächung der sozialen Kräfte. Sie hemmt Prozesse, die dem weiter andauernden ethnischen Konflikt eine positive Wende geben könnten. Heutzutage gibt es eine Reihe von Mechanismen, die den freien Informationsfluß in Sri Lanka hemmen. Nach Ansicht des 'Free Media Movement' gibt es zur Zeit folgende Hauptprobleme:

- Das gegenwärtige Presseratsgesetz ('Press Council Act') und der vorge-

schlagene Gesetzesentwurf für den Medienausschuß ('Media Commission Bill') sorgen beide für Einschränkungen und eine Kontrolle der Medien. Wir drängen stattdessen darauf, daß jedes Gesetz, das im Medienbereich erlassen wird, den Schutz der Presse- und Meinungsfreiheit als Hauptanliegen betrachten sollte. Insbesondere sollten die Zeitungsverleger, Redakteure, Journalisten und andere Medienfachleute vor Gewalt, Terror und Einschüchterung durch staatliche und nichtstaatliche Organisationen geschützt werden; gleichfalls sollten ihre Berufsrechte garantiert werden.

- Wir bestehen auch darauf, daß Einschränkungen jedweder Art, die den Medien auferlegt werden, in Übereinstimmung sind mit Artikel 19 der 'International Convention on Civil and Political Rights'. Sie legt fest, daß solche Beschränkungen nur durchgeführt werden dürfen, wenn sie vom Gesetz vorgeschrieben sind und in einer demokratischen Gesellschaft für notwendig gehalten werden.

- Wir fordern die Abschaffung des Gesetzes Nr. 5 von 1978 welches dem Parlament erlaubt, Personen wegen Publikationen von öffentlichem Interesse ohne Verfahrensregeln und ohne Einschalten des Generalstaatsanwaltes zu bestrafen.

- Die Kontrollen über den Import von Zeitungspapier sollten aufgehoben werden.

- Das Staatsmonopol auf elektronische Medien sollte abgeschafft werden.

- Alle Formen von Pressezensur durch den Staat sollten auf die Einschränkungen begrenzt bleiben, die durch Artikel 19 der 'International Convention on Civil and Political Rights' festgelegt sind.

(Übersetzung: Silvia Dintner)